

Jenseits der Neutralität

Dr. Ursula Plassnik

Österreichische Europa- und Außenministerin (2004-2008)

Zusammenfassung

Will Österreich als ernstzunehmender Partner und Miteigentümer des europäischen Einigungsprojektes wahrgenommen werden, muss es aktiv zur europäischen Sicherheit beitragen. Sicherheitspolitik ist der Auftrag zum Schutz von Bevölkerung, Territorium und Institutionen im Kontext der jeweiligen realen Bedingungen. Die Republik Österreich sollte angesichts des russischen Aggressionskrieges ihre tatsächlichen sicherheitspolitischen strategischen Optionen dringend genauer prüfen. Scheuklappenfrei, im Rahmen der Neutralität, aber auch jenseits derselben. Neutralität ist ein trügerisches Schein-Schutzschild. Wunschdenken schützt nicht. Gegen Gewalttäter hilft keine Neutralität, weil Aggressoren Neutralität genauso wenig respektieren wie Völkerrecht, politische Grundregeln und das Gewaltverbot. Selbst eine aktive Neutralitätspolitik oder militärische Neutralität ist kein Auftrag zur Versteinerung, sondern erfordert die laufende Anpassung an die jeweiligen sicherheitspolitischen Gegebenheiten und Herausforderungen. Ernsthafte Sicherheitspolitik kommt in einer Demokratie nicht ohne öffentliche Diskussion aus. Sich selbst ein möglichst umfassendes Bild zu machen, Vorteile und Nachteile nüchtern abzuwägen, Überholtes zu erkennen und allenfalls hinter sich zu lassen – das ist das Wesen des selbstbestimmten Bürgers, davon lebt Freiheit. Auf Dauer hat man nur, was man auch zu verteidigen gewillt ist.

Schlüsselwörter

Sicherheitspolitik, Österreich, Neutralität, öffentliche Diskussion, Freiheit

Beyond Neutrality

Abstract

If Austria wants to be perceived as a serious partner and co-owner of the European integration project, it must actively contribute to European security. Security policy is the responsibility to protect population, territory and institutions in the light of respective conditions and challenges. In view of the Russian war of aggression, Austria should urgently take a closer look at its current and strategic security policy options. Without blindfolds, within the framework of neutrality, but also beyond it. Neutrality is a false protective shield. Wishful thinking cannot provide protection. Neutrality does not help against violent aggressors who respect neutrality just as little as they respect international law, basic political rules and the fundamental prohibition of violence. Even an active neutrality policy or military neutrality is not a mandate for petrification but rather requires ongoing adaptation to the respective security policy circumstances and challenges. In democracies, sustainable security policy requires public awareness and debate. Establishing a comprehensive overview, soberly weigh up advantages and disadvantages, recognize the outdated and leave it behind - this is the essence of the self-determined citizen, and this is what freedom thrives on. In the long run, you only have what you are willing to defend.

Keywords

Austria, security, policy, neutrality, public debate

The author has declared that no competing interests exist.

Warum über die Neutralität hinausdenken?

Putins Überfall auf die Ukraine konfrontiert uns Europäer im Sommer 2023 mit ernüchternden Perspektiven: Die USA ist zurück in Europa, die Nordatlantik Vertragsorganisation (NATO) kraftvoller denn je. Will die Europäische Union (EU) weder zur russischen Provinz noch zum Vasallen Amerikas werden, wird sie – je schneller, desto besser – selbst für ihre Sicherheit aufkommen müssen. Einige Orientierungspunkte zur Dimension dieser “Zeitenwende”:

- Das Zeitalter der Sicherheit zum Nulltarif ist vorüber, für alle Europäer.
- Es gibt keine sicherheitspolitischen Nischenexistenzen mehr.
- Die Unterstützung der Ukraine zur Selbsthilfe und ihr Wiederaufbau stellt epochale Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der EU.
- Innerhalb der EU entstehen neue Einflusszonen, verschieben sich die politischen und ökonomischen Gewichte.
- Europa muss sich mit Umsicht und Realismus aus seinen Abhängigkeiten befreien, auch und gerade in der Sicherheitspolitik.
- Die Covid-19-Pandemie hat uns die Bedeutung strategischer Selbständigkeit im nichtmilitärischen Bereich eindrücklich vor Augen geführt.
- Eine neue, besser ausbalancierte Form der transatlantischen Partnerschaft ist zu entwickeln.

Will Österreich als ernstzunehmender Partner und Mit-eigentümer des europäischen Einigungsprojektes wahrgenommen werden, muss es aktiv zur europäischen Sicherheit beitragen. Im Fall Ukraine geschieht das bereits in durchaus bemerkenswertem Ausmaß: Österreich hat an der rechtlichen und politischen Verurteilung des russischen Vorgehens keine Zweifel aufkommen lassen. Es hat sich vom ersten Tag an sowohl an den Sanktionen gegen Russland, als auch an der politischen, finanziellen und humanitären Unterstützung der Ukraine beteiligt. Bei den rechtlichen Beschlüssen zur Lieferung militärischer Güter enthält sich Österreich konstruktiv, um den Fokus auf nicht-letale Unterstützung zu legen, die ebenso dringend benötigt wird: von Feldspitälern und Medikamenten bis hin zur Schutzausrüstung. Die österreichische Bevölkerung zeigt große Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine und leistet, wie auch die Regierung, anhaltenden und großzügigen humanitären Beistand.

Doch diese aktuelle Positionierung allein macht noch keine österreichische Sicherheitspolitik, ebenso wenig wie der quasi-automatische, stereotype Hinweis auf die Neutralität. Sicherheitspolitik ist der Auftrag zum

Schutz von Bevölkerung, Territorium und Institutionen angesichts der jeweiligen realen Bedingungen. Da geht es um die Frage, mit welchen Zielsetzungen, Mitteln und Partnern dieser Schutz kurz-, mittel-, und langfristig bestmöglich organisiert werden kann.

Die letzte Prüfung strategischer Optionen österreichischer Sicherheitspolitik erfolgte vor einem Vierteljahrhundert, im Frühjahr 1998 (Mayr-Harting 2022). Damals traten alle östlichen Nachbarn der NATO bei und Österreich stand vor seinem ersten EU-Vorsitz. Es wäre sinnvoll gewesen, grundlegende Fragen im Sinne eines staatspolitischen Konsenses zu klären. Diese Chance wurde leider verpasst, nicht zuletzt durch eine Art sicherheitspolitischer Tagträumerei: im Krisenfall würde das neutrale Österreich ohnehin von den nunmehr der NATO angehörenden Nachbarn verteidigt werden. Nicht absehbar war allerdings vor der Jahrtausendwende, dass die österreichische Sicherheitspolitik in einen vierthundertjährigen Dornröschenschlaf verfallen würde.

Wo ist die Strategie?

Nüchtern betrachtet fehlt der österreichischen Sicherheitspolitik zurzeit jegliche strategische Dimension. Es reicht nicht, dem stark vernachlässigten Bundesheer mehr Geld zu geben, solange nicht klar ist, in welchem Kontext das geschieht. Jeder Beschaffungsvorgang sollte sich einfügen in den strategischen Gesamtplan eines Landes. Wer in Österreich kennt diesen auf Anhieb? Das österreichische Verteidigungsbudget soll bis 2027 von derzeit 0,7 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden. Insgesamt 16 Milliarden Euro sollen helfen, den Investitionsstau der letzten Jahrzehnte abzubauen. Dieser Kurs wird offenbar auch von der Öffentlichkeit mitgetragen. In mehreren Meinungsumfragen haben sich seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine die Befragten mehrheitlich für mehr Mittel für das Bundesheer ausgesprochen (Die Presse 2022). Angesichts des russischen Aggressionskrieges sollten die tatsächlichen sicherheitspolitischen strategischen Optionen jedoch dringend genauer betrachtet werden – scheuklappenfrei, im Rahmen der Neutralität, aber auch jenseits derselben. Neutralität ist ein trügerisches Schein-Schutzschild.

Die aktuelle Bundesregierung trat anfänglich diesbezüglichen Diskussionsinitiativen geradezu unwirsch entgegen. Gebetsmühlenartig wird die Neutralität als Politik-Ersatz beschworen. “Österreich war neutral, Österreich ist neutral, Österreich wird auch neutral bleiben” (Kurier 2022), hieß es kurz nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges. Als „identitätsstiftend“ wurde die Neutralität gar in die Sphäre dogmatischer Untastbarkeit katapultiert. Seit einigen Monaten sind allerdings Lockerungs-Anzeichen erkennbar. So wurde

mittlerweile ein update zur längst überholten österreichischen Sicherheitsdoktrin (von der Regierung 2011 beschlossen) in Auftrag gegeben. Bis Ende 2023 hätte die Übung abgeschlossen sein sollen. Darf man davon mehr erwarten als einen schwarz-grünen koalitionären Minimal-Kompromiss? Knapp vor der nächsten programm-gemäßen Parlamentswahl ist mit zukunftsweisenden großen Entwürfen eher nicht zu rechnen. Doch "das Lebendige lässt sich nicht ausrechnen" wie Franz Kafka (2008, 12) einst meinte.

Während die auffallend kategorische Positionierung zur Neutralität von Regierungsseite bei Österreichs Partnern in der Welt zunehmend auf Verständnislosigkeit stößt, scheint sie einem weitverbreiteten Gefühl in der Bevölkerung zu entsprechen. "Wir sollten uns raushalten", so oder so ähnlich schätzt die Regierung die Mehrheitsmeinung im Land ein. Gleichzeitig vermuten oder sehen jedoch immer mehr Österreicher und Österreicherinnen, dass es ganz so einfach nicht weitergehen kann, weil schon der Hausverstand sagt, das Wunschdenken nicht schützt. Gegen Gewalttäter hilft keine Neutralität, weil Aggressoren Neutralität genauso wenig respektieren wie Völkerrecht, politische Grundregeln und das Gewaltverbot. Glaubt denn jemand im Ernst, dass etwa ein imperialistisch-aggressives Russland im Krisenfall ausgerechnet den österreichischen Luftraum verschonen würde? Wenn wir auf die Neutralität verweisen? Wer soll überhaupt unsere Neutralität gewährleisten? Etwa die vier historischen Staatsvertragsmächte, unter ihnen der spätimperialistische Aggressor Russland?

"Raushalten ist nicht mehr," so bringt es der Publizist Hans Rauscher (2022) auf den Punkt. Allerdings hat die Raushalte-Taktik auf der eher linken Seite des innenpolitischen Spektrums nach wie vor überzeugte Anhänger, codiert im Begriff "aktive Neutralitätspolitik". Im heutigen Regierungsvokabular ersetzt durch das Mantra "militärischer, nicht politischer, Neutralität". Doch selbst eine aktive Neutralitätspolitik oder militärische Neutralität darf kein Auftrag zur Versteinerung sein, sondern erfordert die laufende Anpassung an die jeweiligen sicherheitspolitischen Gegebenheiten und Herausforderungen.

Seit 1955 haben sich diese zweifelsohne grundlegend geändert. Hatte die Neutralität für Österreich während der Nachkriegszeit und im Kalten Krieg eine hohe historische Bedeutung, so war sie damals wie heute lediglich ein Baustein von mehreren, niemals Selbstzweck. Freilich mutierte die Neutralität im Laufe der Zeit zum nicht näher hinterfragten Dogma. Nicht unähnlich der staatspolitisch völlig verantwortungslosen Abhängigkeit von billigem russischem Gas ersparte man sich ganz einfach unbequeme Risikoeinschätzungen. So wurde die Neutralität allmählich selbst zum "Risikofall", wie es in einem internen Papier des Verteidigungsministeriums im Jahre 2023 heisst. Im Grunde steht Österreich spätes-

tens seit dem 22. Februar 2022 vor einer Gesamtänderung der sicherheitspolitischen Grundlagen. Die europäische Sicherheitsarchitektur der letzten Jahrzehnte gibt es nicht mehr.

Wo sind die Grenzen der österreichischen Neutralität und wer legt sie fest?

Im Bundesverfassungsgesetz heisst es ausdrücklich, dass Österreich seine Neutralität "aus freien Stücken" beschlossen hat. Wir allein legen also die Ausgestaltung, einschliesslich des allfälligen Endes der Neutralität fest. Worüber wir die Staatengemeinschaft jeweils entsprechend informieren (zur völkerrechtlichen Dimension der Neutralität siehe Cede 2023). Dieses Selbstverständnis der österreichischen Souveränität illustriert im Übrigen die jahrzehntelange Praxis der Anpassung und Weiterentwicklung der Neutralität, ohne dass dies jemals zu einer Nichtanerkennung durch Dritte geführt hätte. Folgte man der Meinung mancher, dass die Neutralität 1955 der Preis für die Unabhängigkeit und daher politisch ein nicht ganz so lupenrein souveräner Akt war, müsste man umso mehr spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine diesen Restbestand camoufflierter Fremdbestimmung abschütteln wollen.

Österreich ist geradezu das Musterbeispiel eines Landes, das seine Neutralität von Beginn an autonom und den jeweiligen realpolitischen Umständen entsprechend interpretiert hat. So erstmals mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen (VN) im Staatsvertragsjahr 1955, nur zwei Monate nach Verabschiedung des Bundes-Verfassungsgesetzes über die Neutralität. Unser neutralitätspolitisches Vorbild Schweiz schaffte diesen Schritt erst fast ein halbes Jahrhundert später. 2022 war die Eidgenossenschaft erstmals Mitglied des VN-Sicherheitsrates, Österreich hat diese Dienstleistung an der internationalen Gemeinschaft mittlerweile schon drei Mal absolviert.

Es gibt übrigens einen weiteren, viel massgeblicheren Unterschied zur Schweiz: 1989, im Juni vor dem Fall des Eisernen Vorhanges stellte Österreich den Antrag auf EG-Beitritt, seit 1995 sind wir Vollmitglied. Nicht so die Schweiz, die sich heute noch in einer Endlosschleife zur Klärung ihres Verhältnisses zur EU befindet. Im Gegensatz zu Österreich ist sie daher auch nicht zur Solidarität gemäss Art. 42(7) des EU-Vertrages verpflichtet. Schon deshalb ist beim Vergleich der beiden kontinentalen Neutralen sorgfältige Differenzierung angesagt.

Längst wird in der Schweiz andererseits öffentlich diskutiert, ab wann Neutralität unanständig wird – der Parteipräsident der ehemaligen Christdemokraten, heute der "Mitte", Gerhard Pfister, hat die Frage so pointiert formuliert angesichts der Schweizer Weigerung, alte Leopard-Panzer am Weg über europäische Partner

Richtung Ukraine zu liefern. Und der ehemalige SP-Politiker und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – Diplomat Tim Guldemann (2023) widmet der Frage einen einseitigen Gastkommentar.

Im Fall Ukraine geht es um Selbstverteidigung, und die ist laut VN-Charta das Naturrecht eines jeden Staates. Das Nachbarland Schweiz sagt klipp und klar, dass die Neutralität im Angriffsfall aufhört und der Neutrale sich ab dann mit allen Mitteln seiner Wahl verteidigen kann. Sieht Österreich diese Neutralitäts-Grenze eigentlich anders als die Schweiz? Glauben wir, dass unsere Neutralität unsere tatsächliche wirksame Verteidigung überflüssig macht? Auch, wenn wir selbst oder unsere EU-Partner angegriffen werden? Kann man Sicherheitspolitik verlernen, wegen gefühltem Friedens-Komfort? Haben wir das Bewusstsein verloren, dass Freiheit notfalls auch verteidigt werden muss? Hat unser subjektives Sicherheitsgefühl unseren Realitätssinn verdrängt? NZZ-Chefredakteur Eric Gujer (2023) konstatierte unlängst: „Aussenpolitik ist ein Baukasten mit vielen Optionen und Chancen. Man muss sie nur nutzen wollen. Die Schweiz hat sich hingegen in Denkverboten eingemauert“? Leiden etwa auch wir Österreicher unter selbstverordneten Analyse-Beschränkungen?

Was schützt uns wirklich?

Nüchtern betrachtet „dürfen“ wir Österreicher erstaunlich vieles, „wollen“ aber politisch vergleichsweise wenig. Die innenpolitische Diskussion widmete sich nie vorrangig der Frage, was uns am effizientesten schützt. „Was dürfen wir alles nicht?“ war und ist die alles beherrschende Frage, siehe die Sky Shield Initiative. Es ging im Grunde um ein heuchlerisches „Durchschlawniern“, das uns vorzugsweise zu nichts verpflichten, aber zu viel berechtigen sollte. Österreich hat sich nie erkennbar geniert, seinen Nachbarn ungefragt seine Verteidigung umzuhängen.

Juristisch hat Österreich seit fast 25 Jahren die verfassungsrechtliche Basis für die Mitwirkung an EU-Kampfeinsätzen im internationalen Krisenmanagement sowie zur Teilnahme österreichischer Soldaten an solchen Missionen. Wir haben uns weiters innerhalb der EU an der Bildung der sogenannten „battle-groups“ beteiligt. (Dass diese nie zum Einsatz gekommen sind, gereicht der Glaubwürdigkeit der europäischen Sicherheitspolitik nicht zur Ehre). Laut Artikel 23 j Bundesverfassungsgesetz (BVG) sind wir mit der Maßgabe der „irischen Klausel“ sogar zur Beistandsleistung im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen EU-Partner verpflichtet. Weiß das der Durchschnitts-Österreicher? Hat es dazu – ausserhalb von winzigen Experten-Biotopen – je eine öffentliche Diskussion gegeben? Wie wollen wir dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung nach-

kommen, etwa im Fall einer massiven Verletzung des slowakischen Luftraums? Werden wir auch militärische Mittel einsetzen? Was bedeutet das im Umgang mit unserem EU-Nachbarn, dem NATO-Land Slowakei?

Anstatt der Bevölkerung die rechtlich möglichen Handlungsoptionen offen darzulegen und zu erklären, wurde die Neutralität jahrzehntelang schweigend Stück für Stück ausgehöhlt. Es galt geradezu als Majestätsbeleidigung, sie auch nur ansatzweise in Frage zu stellen. In dem Ausmaß, indem die Neutralität zur heiligen Kuh wurde, wurde die NATO zum Schimpfwort. Ein eigenartiger Fall von kommunizierenden Gefäßen. Und das, obwohl bis heute amerikanische Atomwaffen der einzig wirksame Schutzschirm und die einzig real verfügbare „Sicherheitsgarantie“ auch für Österreich sind.

Mittlerweile hat die NATO-Verteufelung samt Anti-amerikanismus in Österreich zum Teil rational nicht mehr erklärbare Ausmaße angenommen. Nicht ohne grotesk scheinheilige Nebeneffekte. So dürfen beispielsweise österreichische Soldaten auf der Grundlage einstimmiger Parlamentsbeschlüsse zwar Serben im Kosovo schützen, am NATO-geführten Kosovo Force (KFOR)-Einsatz im Kosovo beteiligt sich das Österreichische Bundesheer im Juli 2023 mit 274 Soldaten. Gleichzeitig löste die dringend notwendige österreichische Teilnahme an der (nicht-NATO-) Initiative Sky Shield eine Art sicherheitspolitische Hyper-Ventilation bei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und Teilen der Medien aus.

Als erster Mini-Schritt wäre eine enge sicherheitspolitische Abstimmung der Schweiz und Österreichs vorteilhaft, insbesondere bei der Luftraum-Verteidigung, der vertieften Zusammenarbeit mit der NATO und im Krisenmanagement. Die gemeinsame Unterzeichnung der Sky Shield-Initiative der beiden Verteidigungsministerinnen Claudia Tanner und Viola Amherd in Bern im Juli 2023 ist dafür ein wichtiges Signal. Eine gemeinsame Beteiligung der Schweiz und Österreichs an Übungen mit der NATO wäre nicht nur vernünftig, sondern auch kurzfristig machbar. „Die Schweiz kann sich ihre Neutralität nur leisten, weil es die NATO gibt. Zu deren Leistungsfähigkeit tragen die Eidgenossen aber nicht bei“, so das entlarvende Urteil des Schweizer Publizisten Roger de Weck (2023) für sein Land. Gilt das auch für Österreich? Seit Bundeskanzler Nehammer den türkischen Präsidenten Erdogan davon überzeugen konnte, die Blockade der Kooperation mit Österreich zu beenden, sind die Voraussetzungen für eine intensiviertere Partnerschaft mit der NATO besonders günstig. Der NATO-Rat hat so im April 2023 das seit längerem ausverhandelte, aber durch das türkische Veto feststeckende „Individual Tailored Partnership Program“ (ITPP) mit Österreich genehmigt. Es bietet uns eine neue Basis für eine bedarfsgerechte und maßgeschneiderte Kooperation. Wir sollten sie entschlossen nützen.

Warum eigentlich nicht?

Mittlerweile ist die Neutralität ein übermässig ausgezogener, rissig gewordener Strudelteig. Als harter Kern gilt das Verbot zur Stationierung ausländischer Truppen und das Verbot der Mitgliedschaft bei einer militärischen Allianz. Aber was davon schützt bei Lichte besehen die österreichische Bevölkerung im Jahre 2023 wirklich? Was macht angesichts der aktuellen Bedrohungslage überhaupt noch Sinn? Wäre es nicht politisch klüger, unvoreingenommen die tatsächlich existierenden Möglichkeiten zu prüfen, statt sich – getrieben von einer staatspolitisch unzurechnungsfähigen FPÖ – in die Sackgasse einer weiteren Neutralitäts-Diskussion zu verkeilen?

Warum sollte Österreich eigentlich nicht einem Militärbündnis beitreten, wenn ein solcher Beitritt den Schutz für die Österreicher und Österreicherinnen signifikant erhöhen könnte? Verfassungsrecht ist – wie jede Rechtsvorschrift – durch entsprechende parlamentarische Mehrheit änderbar. Was bedeutet das Stationierungsverbot ausländischer Truppen heute konkret? Ein theoretisches Beispiel: Sollte ein Update unserer Luftverteidigungs-Kapazitäten via Sky Shield Initiative den Betrieb technischer Installationen samt spezialisierter NATO-Soldaten von Österreich aus erforderlich machen – wäre das dann verfassungswidrige Solidarität?

Ohne NATO keine europäische Sicherheit

Eines dürfte innenpolitisch inzwischen unbestritten sein: So, wie Österreich heute aufgestellt ist, kann sich unser Land nicht selbständig verteidigen. Weder im klassischen militärischen Sinn, noch im Hinblick auf neuartige aktuelle und zukünftige Bedrohungen. Es bleibt uns also nur das Handeln in Gemeinsamkeit. Also europäische Sicherheit. Die wiederum hat den Pferdefuß, dass sich auch das Europa der 27 heute nicht selbständig schützen kann. Am besten wissen das die in Sicherheitsfragen zu lange als russophob abgewimmelten Balten und Polen, deren kollektive Erinnerung an das sowjet-russische Imperium noch frisch ist. Die EU verfügt heute zwar über ein militärisches Hauptquartier – alles andere aber fehlt, es gibt keinen gemeinsamen Aufklärungs- oder Geheimdienst, keine Flugzeuge, Drohnen, Schiffe. All das ist Sache der Mitgliedstaaten, auch 70 Jahre nach dem Beginn der Europäischen Einigung. „Die Europäische Armee ist die NATO“, wie es EU-Botschafter Martin Selmayr ungeschminkt formuliert. Und er fügt hinzu: „Alle, die dazu bisher legitim andere Überlegungen hatten, wurden von der Wirklichkeit überholt. Realpolitisch wird Europa nicht wegen der vier Staaten, die nicht in der NATO sind, eine neue Militärstruktur schaffen“ (Mayer 2023).

Zwar ist die EU sicherheitspolitisch in einem massiven Umbruch. Noch nie zuvor hat sie laufend umfang-

reiche Rüstungskäufe für ein befreundetes Land getätigt, jetzt passiert das fast im Wochenrhythmus. Was als gemeinsame Finanzquelle für Afrika gedacht war, die Europäische Friedensfazilität, ist de facto zu einem Ukraine-Unterstützungstopf mutiert. Aber schon die vergleichsweise schlichte Aufgabe der Hilfe zur Selbstverteidigung für die Ukraine zeigt erschreckende Mängel bei der Verfügbarkeit militärischer hard- und software in fast allen EU-Staaten auf, einschliesslich der sogenannten „EU-Großen“. Daran haben auch die 18 Monate des russischen Angriffskriegs nichts geändert.

Ja, der Krieg gegen die Ukraine war für die einzelnen EU-Staaten auch ein Aufwacherlebnis im Hinblick auf ihre jeweiligen Verteidigungskapazitäten. Darüber hinaus zeigt sich, wie stark selbst traditionell aussehende Konflikte heute dominiert sind von modernster digitaler Hochtechnologie. Was in den Schützengräben der Ostukraine wirklich zählt, ist die Fähigkeit, möglichst früh zu erkennen, woher ein Angriff kommt und wie er am besten abgewehrt werden kann. Die Rüstungsindustrien der EU-Staaten weisen diesbezüglich gravierende Lücken auf. Es war der amerikanische Unternehmer Elon Musk, der – wohl unter massivem Druck der US-Regierung – für die Ukraine durch sein Satellitenetz die Selbstverteidigung ermöglicht hat. Wie schätzt die EU, wie Österreich, diese Entwicklungen ein? Wären wir im Notfall auch gerne abhängig von einer wohlgesonnenen Einzelperson, etwa einem US-Präsidenten oder einem amerikanischen Unternehmer? Ob uns das gefällt oder nicht, Amerika ist als Führungsmacht der nordatlantischen Allianz auf Sicht nicht wegzudenken aus der europäischen Sicherheit.

Europa verteidigen?

Europäische Souveränität beginnt bei der Selbstverteidigung. Die EU hat also im Kern nur eine vernünftige Option für die Zukunft, und das ist die zügige Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie muss in der Lage sein, den Kontinent notfalls unabhängig von den USA zu schützen. Das bedeutet mittelfristig eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie, den Aufbau gemeinsamer Verteidigungskapazitäten und letztlich eine gemeinsame europäische Armee. Putins Weckruf könnte also – nach zahlreichen gescheiterten Versuchen – diesmal aus der Polit-Union auch eine Verteidigungs-Union machen. Realpolitisch ist in der gemeinsamen europäischen Verteidigung allerdings in den eineinhalb Jahren seit dem Angriff auf die Ukraine wenig bis nichts passiert. Vielmehr hat sich die NATO als glaubwürdiger Sicherheitsversorger behauptet und in Rekordzeit um Finnland und Schweden erweitert.

Österreich hat mittlerweile unter den kontinentalen EU-Mitgliedern eine Monopolstellung als einziger Neutraler, der keine Insel ist. Seit Jahrzehnten verstecken wir uns realpolitisch in Verteidigungsfragen hinter unseren Nachbarn. Mit Ausnahme der Schweiz und Liechtensteins sind sie allesamt NATO-Mitglieder. Es lässt sich nicht ernsthaft leugnen, dass die NATO auch für Österreich auf absehbare Zeit der einzige Security Provider ist. Haben wir uns je überlegt, ob wir nicht vielleicht die Rechnung ohne den Wirt machen? Wer sagt uns, dass unsere Nachbarn es übernehmen würden, uns gratis mit zu schützen? Versteht Österreich Solidarität als Einbahnstrasse? Sind wir bereit, auch zu geben, oder nur zu nehmen? Und ist uns klar, was mögliche Folgen einer von anderen wohl zu Recht als schwindlig verorteten Haltung sind?

Unsere skandinavischen Freunde Finnland und Schweden, jahrzehntelang unsere engsten Partner, haben längst die Zeichen der Zeit erkannt. Sie geben sich nicht mehr mit einer Schönwetter-Neutralität zufrieden. Die nordischen EU-Staaten setzen auf Washington, nicht auf Brüssel. Sie investieren ihr Gewicht und ihre Fähigkeiten bewusst dort, wo sie sich kurzfristig den größtmöglichen Nutzen versprechen. Und das ist offenkundig nicht die EU-Verteidigung. Spätestens ihr NATO-Beitritt hätte auch in Österreich eine vernünftige sicherheitspolitische Optionen-Prüfung auslösen müssen. Das ist nicht geschehen. Wegen der FPÖ? Wegen der verteidigungspolitisch verträumten Bevölkerung? Wegen der Scheuheit der Regierenden?

Dazu ein bemerkenswertes Detail: Auch in Finnland hatte die alte politische Elite jahrzehntelang eine offene Debatte verhindert. 2022 „sah sie sich plötzlich in ihrer eigenen Trägheit gefangen“ so der Historiker Antero Holmila (2023). Sie hatte die radikale seismische Verschiebung in der öffentlichen Meinung durch den russischen Angriff schlicht verschlafen und musste atemberaubend schnell dem Druck einer grossen Bevölkerungsmehrheit in Richtung NATO-Beitritt nachgeben. In Österreich gibt es auch nach dem 24. Februar 2022 keine aufschlussreichen Meinungsumfragen über die tatsächliche sicherheitspolitische Haltung der Bürger und Bürgerinnen. Es wäre dringend an der Zeit, hier präzise nachzufragen, anstatt den alten Befund einer Mehrheit von 90% für die Neutralität unhinterfragt nachzuplappern.

Trau dich!

Eine altbekannte Weisheit verlangt, kein totes Pferd zu reiten. Das gilt für diejenigen, welche die Neutralität als Sicherheitspolitik missverstehen. Aber auch für diejenigen, die allein auf die europäische Verteidigungspolitik setzen. Noch gibt es auf absehbare Zeit keine funktionsfähige europäische Verteidigungspolitik, allen Sonn-

tagsreden zum Trotz. Bis es sie eines Tages gibt, bleibt das Weltdorf ein akut gefährlicher Ort und Österreich schutzarm. Es wäre also nicht weniger verantwortungslos, auf ein „Projekt Pferd“ wie die EU-Verteidigung zu setzen, wie auf ein „Phantompferd“ wie die Neutralität. (Als Anekdote zum Thema „totes Pferd „zur Erinnerung: in der SPÖ/ÖVP Koalitionsvereinbarung von 1996 ist die Möglichkeit einer Mitgliedschaft Österreichs in der – inzwischen aufgelösten – Westeuropäischen Union/WEU enthalten).

Eine lebensnahe Prüfung der strategischen Sicherheitsoptionen Österreichs sollte nicht nur unsere eigenen, sondern auch die Optionen unserer EU-Partner einbeziehen. Der EU-Vertrag berücksichtigt zwar über die „irische Klausel“ implizit die Neutralität, gibt uns also eine Art informelles „opt-out“. Explizit hingegen normiert der EU-Vertrag jedoch, dass EU-Mitglieder, die der NATO angehören, ihre Beistandspflicht im Rahmen der Nordatlantischen Allianz erfüllen, welche „das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist“. Es ist daher davon auszugehen, dass Österreichs EU-Partner im spezifischen Anlassfall ihre Solidaritäts-Verpflichtung gegenüber Österreich im NATO-Rahmen und mit NATO-Strukturen wahrnehmen würden. So reicht der lange Arm Amerikas direkt in die europäische Selbstverteidigung. Österreich ist mangels eigener Kapazitäten in jedem Fall auf eine gemeinsame europäische Verteidigung angewiesen. Schon deswegen macht es Sinn, bei allen Beschaffungsvorgängen des Bundesheeres auf NATO-Standards, gemeinsames Training und Interoperabilität zu setzen.

Jeder strategischen Analyse österreichischer sicherheitspolitischer Optionen muss eine europäische Risikoinschätzung und Perspektive zugrunde liegen. Dabei ist Nüchternheit angesagt. Weder Wunschdenken noch eine Vogel-Strauß-Haltung sind taugliche Analysewerkzeuge. Einziger Maßstab sollte sein „Was schützt uns am besten?“ Es ist sowohl juristisch, als auch politisch möglich, die Neutralitäts-Elastizität weiterhin phantasiereich zu dehnen und sich gleichzeitig der NATO inkremental anzunähern. Eine Extra-Portion „Neutralitäts-Stretching“ wäre nicht undenkbar - ungeachtet des jetzt schon spürbaren massiven Glaubwürdigkeitsproblems bei unseren Partnern, Nachbarn und Freunden, aber auch in der eigenen Bevölkerung. Ist es wirklich noch argumentierbar, dass militärische Überflüge und die Durchfuhr von Panzern und anderem Kriegsmaterial nichts mit der Neutralität zu tun haben?

Wir leben in Zeiten verminderten Ansehens von Politik und Politikmachern. Umso wichtiger ist die Wahrung Glaubwürdigkeit. Wähler wollen ernstgenommen werden. Könnten die Österreicher schon viel weiter sein, als ihnen das die zaghaft-zögerliche Politik zutraut? Die Österreicher wollen wirksam geschützt werden, mit handfesten Argumenten und umsichtigen Vorkehrun-

gen. Nicht abgespeist mit wortakrobatischen Verrenkungen zu längst überholten Begriffen. In der Demokratie bedeutet Politik immer auch die Organisation von Mehrheiten für als richtig erkannte gesellschaftliche Anliegen. Dazu gehört eine entsprechend breite offene Debatte. Sich ausgerechnet in der Zeitenwende dieser eminent staatspolitischen Verantwortung entziehen zu wollen, um Sicherheitspolitik hinter verschlossenen Türen zu machen, bedroht letztlich das Fundament einer lebendigen, wehrhaften Demokratie.

Es gäbe viele Gründe, unsere staatsbürgerliche Vorliebe für sicherheitspolitische Tabus, Scheuklappen, Kurzsichtigkeiten und andere Seh-Beeinträchtigungen einer selbstkritischen Prüfung zu unterziehen. Sicherheitspolitisch über die Neutralität hinauszudenken könnte im aktuellen Umfeld ein überlegenswerter Anstoß zu mehr Klarheit sein, ohne gleichsam automatisch eine Vorentscheidung in Richtung NATO-Beitritt zu sein. Es bringt unser Land nicht weiter, wenn wir einander in ideologische negativ besetzte Ecken drängen, statt gemeinsam unvoreingenommen nach dem besten Schutz für Österreich zu suchen.

Sich selbst ein möglichst umfassendes Bild machen, Vorteile und Nachteile nüchtern abwägen, Überholtes zu erkennen und hinter sich zu lassen – das ist das Wesen desselbstbestimmten Bürgers, davon lebt Freiheit.

Auf Dauer hat man nur, was man auch zu verteidigen gewillt ist.

Literaturverzeichnis

- Cede*, Franz (2023), Auslaufmodell Neutralität?, in: *Wiener Zeitung* (24. Mai), Internet: <https://www.wienerzeitung.at/h/auslaufmodell-neutralitaet>.
- Die Presse* (2022), Mehrheit in Österreich will stärkere Landesverteidigung, in: *Die Presse*, Internet: <https://www.diepresse.com/6207352/mehrheit-in-oesterreich-will-staerkere-landesverteidigung>.
- Gujer*, Eric (2023), Die Schweiz zwischen den grossen Mächten – es braucht jetzt einen neuen Blocher, in: *Neue Zürcher Zeitung* (25. August), Internet: <https://www.nzz.ch/meinung/schweiz-zwischen-grossen-maechten-es-braucht-jetzt-einen-neuen-blocher-ld.1752747?reduced=true>.
- Guldimann*, Tim (2023), Ab wann wird Neutralität unanständig?, in: *Neue Zürcher Zeitung* (23. September), Internet: <https://www.nzz.ch/meinung/ab-wann-wird-neutralitaet-unanstaendig-schweiz-ld.1755820?reduced=true>.
- Holmila*, Antero (2023), Finnland: Nato oder Neutralität?, in: *Rotary Magazin für Deutschland und Österreich* (Juli), Internet: <https://rotary.de/gesellschaft/finnland-nato-oder-neutralitaet-a-22146.html>.

Kafka, Franz (2008 [1953]), Brief an den Vater. Mit einem Kommentar von Peter Höfle, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kurier (2022), Nehammer: Österreich bleibt neutral, Internet: <https://kurier.at/politik/inland/nehammer-oesterreich-bleibt-neutral/401929786>.

Mayer, Thomas (2023), EU-Botschafter Selmayr: „Die europäische Armee ist die Nato“: Interview, in: *Der Standard* (3. September), Internet: <https://www.derstandard.at/story/3000000185245/eu-botschafter-selmayr-die-europaeische-armee-ist-die-nato>.

Mayr-Harting, Thomas (2022), Europa nach dem 24. Februar 2022 – Konsequenzen für Österreichs Sicherheit, Internet: <https://www.aies.at/publikationen/2022/aies-kommentar-04.php>.

Rauscher, Hans (2022), Raushalten ist nicht mehr, in: *Der Standard* (18. Juni), Internet: <https://www.derstandard.at/story/200013665479/raushalten-ist-nicht-mehr>.

Weck, Roger de (2023), Die Schweizer Neutralität ist ein komfortabler Anachronismus, in: *Rotary Magazin für Deutschland und Österreich* (Juli), Internet: <https://rotary.de/gesellschaft/die-schweizer-neutralitaet-ist-ein-komfortabler-anachronismus-a-22060.html>.

Autorin

Dr. Ursula Plassnik, geboren 1956, Juristin, Diplomatin, Parlamentarierin, Politikerin. Österreichische Aussen- und Europaministerin (2004-2008). Botschafterin in Frankreich und der Schweiz. Autorin, Universitätslehrerin, Vortragende.